

91. Abgeordneter
Christoph Strässer
(SPD) Wann plant die Bundesregierung die „Abgewichtung Schiene“ schrittweise zu reduzieren, und wann wird die Abgewichtung abgeschafft?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Jan Mücke vom 28. April 2010

Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, den Schienenbonus schrittweise zu reduzieren mit dem Ziel, ihn ganz abzuschaffen. Die Bundesregierung sieht es als ihre Aufgabe an, differenzierte Aspekte der Lärmcharakteristik der konkreten schutzbedürftigen Situation und der Wirkung auf den Menschen zu betrachten und innerhalb der finanziellen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Eine eindeutige Aussage zur Terminierung der vollständigen Abschaffung des Schienenbonus kann zurzeit noch nicht getroffen werden.

92. Abgeordneter
Christoph Strässer
(SPD) Welche Lärmschutzmaßnahmen gegen Bahnlärm sind für den Bereich Münster-Sprakel, der Strecke Münster–Rheine–Münster/Hamm–Emden vorgesehen, und wann wird mit der Lärmsanierung innerhalb des Lärmsanierungsprogramms der Bundesregierung für diesen Bereich voraussichtlich begonnen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Jan Mücke vom 28. April 2010

Der Streckenabschnitt der Ortsdurchfahrt Münster-Sprakel der Strecke Münster–Rheine–Münster/Hamm–Emden mit der Streckennummer 2931 ist Bestandteil der freigegebenen Maßnahmen zur Lärmsanierungsrichtlinie. Es handelt sich hier um den Sanierungsabschnitt Nummer 12. Der Streckenabschnitt hat eine Priorisierungskennzahl (PKZ) von 4,527. Die Priorisierungskennzahl wurde als Entscheidungsgrundlage für die Maßnahmenreihung für alle Streckenabschnitte berechnet. Dabei sind solche Streckenabschnitte bevorzugt zu sanieren, bei denen die Lärmbelastung besonders hoch ist und viele Anwohner davon betroffen sind. Diese Wirkung der Lärmsanierung lässt sich beschreiben in der erreichbaren Lärminderung und der Anzahl der Anwohner, für die vor der Lärmsanierung Lärmbelastungen oberhalb der Lärmsanierungsgrenzwerte vorliegen. Demzufolge kann die Planung für diesen Abschnitt nicht vor dem Jahr 2014 beginnen.

93. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) dahingehend zu ändern, einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für Ladestationen von Elektrofahrzeugen im öffentlichen Straßenraum zu schaffen, der die unterschiedliche Handhabung der Bundesländer bei der Bewilli-

gung einer Ausnahmeregelung nach § 46 StVO, die zeitlich befristet ist, vereinheitlicht?

94. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welches Konzept verfolgt die Bundesregierung, um es den Straßenverkehrsbehörden über die Einrichtung des Verkehrszeichens 283 (Halteverbot) hinaus zu ermöglichen, gegen Falschparker auf Parkplätzen mit Ladestationen, die für Elektrofahrzeuge reserviert sind, vorzugehen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs
Dr. Andreas Scheuer
vom 29. April 2010

Die Fragen 93 und 94 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung prüft derzeit, ob und welche rechtlichen Änderungen im Zusammenhang mit der Elektromobilität (Fahrzeuge und Infrastruktur) erforderlich sind. Dabei werden auch die praktischen Erfahrungen aus den Projekten in den Modellregionen Elektromobilität eine wichtige Rolle spielen. Die Prüfung dauert noch an.

Vor diesem Hintergrund können aktuell keine konkreteren Aussagen getroffen werden.

95. Abgeordnete
Dagmar Ziegler
(SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Überlastung von Strecken des Bahnverkehrs im Westen Deutschlands durch stärkere Nutzung vorhandener Nord-Süd-Strecken im Korridor Ostsee–Adria über östliche Bundesländer, z. B. über Drehkreuze in Berlin-Brandenburg, abzubauen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Enak Ferlemann
vom 28. April 2010

Das Ziel, eine leistungsfähige Schienenverbindung von der Ostsee bis zum Mittelmeer zu errichten, ist im Koalitionsvertrag festgelegt. Eine solche Achse würde zu einer spürbaren Entlastung der weiter westlich gelegenen Nord-Süd-Korridore und zur Stärkung der Ostseehäfen führen. Die Bundesregierung setzt sich daher dafür ein, dass diese Achse im Rahmen der Revision der Leitlinien des Trans-europäischen Netzes 2010 angemessen berücksichtigt wird.

Darüber hinaus führt die Bundesregierung zurzeit eine Überprüfung des Bedarfsplans für die Schienenwege des Bundes durch. In diesem Zusammenhang werden auch die Güterverkehre für das Jahr 2025